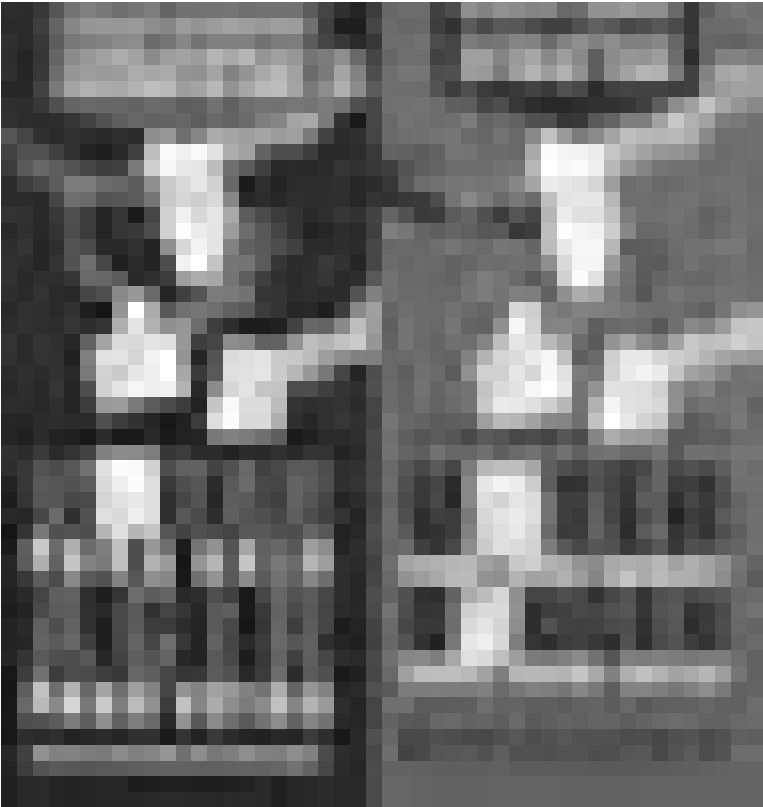


WAHLEN

# Partizipation mit Haken



"Aufruf zum Schlussspurt: Wer wählt ...

**Die Regierung will mit einer Kampagne Nicht-LuxemburgerInnen dazu bewegen, sich in die Wählerlisten für die Kommunalwahlen 2005 einzutragen. Doch im Vergleich zu den Nachbarländern sind die Zugangsvoraussetzungen immer noch restriktiv.**

Die Wahlen werfen ihren Schatten voraus. Allerdings nicht etwa zur Parlamentswahl im kommenden Juni hat die Regierung diese Woche eine Kampagne vorgestellt, sondern zur Kommunalwahl 2005, zu der auch Nicht-EU-BürgerInnen zugelassen sind.

"Wählen um etwas zu bewegen - voter pour faire bouger" lautet das Motto der Sensibilisierungsaktion. Etwas bewegen wollen Familienministerin Marie-Josée Jacobs und Innenminister Michel Wolter, die das Konzept am Montag vorstellten: und zwar möglichst viele Nicht-LuxemburgerInnen an die Wahlurne. Diese können sich noch bis zum 31. März kommenden Jahres in die Wählerlisten einschreiben. Mit Hilfe von mehr-

sprachigen Broschüren und Plakaten sollen sie dazu animiert werden.

Serge Kollwelter hegt Zweifel am Sinn der Einschreibefrist. "Wer denkt jetzt schon an die Gemeinderatswahlen in zwei Jahren?", fragt sich der Präsident der "Association de soutien aux travailleurs immigrés" (Asti). Die Frist läuft bereits anderthalb Jahre vor dem Wahltermin ab. Und wer sich nicht einträgt, darf nicht wählen. Derweil sind luxemburgische Staatsangehörige automatisch in die Wählerlisten eingetragen.

## Fünf Jahre Probezeit

Doch diese Form der Ungleichbehandlung von LuxemburgerInnen und Nicht-LuxemburgerInnen ist nicht der einzige Haken am staatlich geförderten Aufruf zur politischen Partizipation. Schließlich besteht im Großherzogtum Wahlpflicht. Genau genommen heißt das: Wer sich bis kommenden März entschieden hat, bei den Kommunalwahlen mitzumachen, hat damit auch sein Ja zur eigenen Wahlpflicht gegeben, auch wenn er/es anderthalb Jahre später bereuen sollte.

"Das Gesetz vom 22. Februar 2003 gesteht ausländischen Staatsangehörigen das Recht zu, Bürger ihrer Wohnsitzgemeinde in Luxemburg zu werden", heißt es in der Broschüre. Der größte Ausschlussfaktor dürfte dabei die Regelung sein, dass nur die AusländerInnen wählen dürfen, die bereits seit fünf Jahren im Land leben. Asti-Chef Kollwelter sieht darin eine Diskriminierung und verweist auf die Nachbarländer: In Belgien, Deutschland und Frankreich gibt es keine ähnliche Frist.

Die Idee mit den fünf Jahren Aufenthalt als Voraussetzung für die Wahlbeteiligung sei wohl, dass man sich erst nach fünf Jahren ein besseres Bild von der Kommunalpolitik in der jeweiligen Gemeinde machen könne, meint Kollwelter und fügt hinzu: "Wenn ich vom Saarland nach Berlin oder Frankfurt ziehe, brauche ich auch keine fünf Jahre dazu. Warum sollte ich dies, wenn ich von Saarbrücken nach Luxemburg ziehe."

"Die politischen Parteien investieren zu wenig in das Thema", stellt der Asti-Präsident fest. "Das müsse über ein paar Alibi-Ausländer in den Parteistrukturen hinaus gehen." Unterdessen bescheinigt Eduardo Dias vom OGBL der Regierung "eine gute Kampagne". Doch zur Integration der ImmigrantInnen gehöre mehr als die Möglichkeit, sich bei Kommunalwahlen zu beteiligen, erklärt der Portugiese. Zwar seien viele AusländerInnen in NGOs und Gewerkschaften aktiv, von Seiten der Parteien würde "fast nichts" für sie getan, so Dias gegenüber der woxx. Da seien zum einen nach wie vor die Sprachbarrieren, an-

dererseits aber auch kulturelle Unterschiede.

Als "großes Handicap" bezeichnet auch Abbes Jacoby von den Grünen die Sprache. Bei Parteiveranstaltungen gebe es zwar mittlerweile Übersetzungen und zweisprachige Ausgaben von Veröffentlichungen, so der "attaché parlementaire". "Auf unseren Sitzungen wird fast nur luxemburgisch gesprochen", sagt derweil David Wagner, parlamentarischer Mitarbeiter von "Déi Lénk", wo nach Schätzungen immerhin fast 20 Prozent der Mitglieder Nicht-LuxemburgerInnen sind. Nach Wagners Worten ist die Informationskampagne nicht nur zu spät gestartet wurde, sie müsse auch kontinuierlicher geführt werden. "Immens viele Menschen sind hier vom politischen Leben ausgeschlossen", konstatiert Wagner. "Deshalb sollte nicht nur, wer in Luxemburg lebt, sich bei allen Wahlen beteiligen dürfen, die Regelung sollte auch für alle Nicht-Luxemburger gelten, und nicht nur für EU-Bürger."

Die Miteinbeziehung der Nicht-EU-AusländerInnen für die Kommunalwahl ist da schon ein Schritt in diese Richtung. Doch selbst mit der durch den Maastrichter Vertrag von 1992 in Aussicht gestellten "citoyenneté européenne" ist es nicht weit her, nimmt man die Beteiligung der in Luxemburg lebenden EU-Staatsangehörigen bei der Kommunalwahl 1999 als Maßstab. Damals hatten sich laut einer Studie der Forschungsstelle Sesopi-Centre intercommunautaire knapp 13 Prozent der Stimmberechtigten unter ihnen in die Wählerlisten eingetragen - bei einem Bevölkerungsanteil von etwa einem Drittel ein dürftiges Ergebnis. In der Hauptstadt, wo rund die Hälfte der Bevölkerung einen ausländischen Pass besitzt, waren es sogar nur 7,2 Prozent. Unter den mehr als 3.000 KandidatInnen für die Gemeindewahlen im gesamten Luxemburg waren nur 4,5 Prozent Nicht-LuxemburgerInnen.

## Frage von Generationen

Besonders wenig Begeisterung löste die neu gewonnene Möglichkeit der politischen Partizipation unter den PortugiesInnen aus: Nur 11,5 Prozent der Wahlberechtigten unter ihnen ließen sich eintragen, weniger waren es nur bei Franzosen und Briten, während der Prozentsatz am höchsten bei den ItalienerInnen ausfiel. "Die Integration ist ein langer Prozess", so Eduardo Dias. "Das ist eine Frage von Generationen."

Für die Kommunalwahlen in zwei Jahren zeichnet sich immerhin eine höhere Wahlbeteiligung unter den Nicht-LuxemburgerInnen ab: Zum 20. Oktober hatten sich nach Sesopi-Angaben immerhin 14.950 Personen in die Listern eingeschrieben, etwa acht Prozent mehr als 1999, für die Europawahlen im kommenden Jahr wurde sogar ein Plus von 19,8 Prozent verzeichnet (hier ist die Einschreibefrist schon abgelaufen). "Das Potenzial ist noch nicht ausgeschöpft", so Franco Barilozzi vom "Comité de liaison et d'action des étrangers" (Clae). In der Tat: Es beläuft sich nach Schätzungen auf etwa 80.000 bis 100.000.

**Stefan Kunzmann**

## Vorsicht Baustelle!

Auf Luxemburgs Baustellen arbeitet sich's gefährlich. Das beweist die in den vergangenen Jahren gestiegene Zahl von Arbeitsunfällen: 21.087 waren es im Jahr 2002, am meisten betroffen davon der Bausektor. Dem entgegentreten möchten nun unter anderem das Arbeitsministerium, die Gewerbeaufsicht und die beiden Gewerkschaften OGBL und LCGB, die diese Woche einen Vertrag zur Förderung der Sicherheits- und Gesundheitskultur in den Betrieben unterzeichneten. Zwar liege Luxemburg, was die durchschnittliche Zahl der Arbeitsunfälle angeht, im internationalen Mittelfeld, sagte Arbeitsminister François Biltgen am Mittwoch bei einer Pressekonferenz, dennoch herrsche in der Sicherheitskultur großer Handlungsbedarf. Die Beschäftigten sollen in Zukunft besser über ihre Arbeitsrisiken aufgeklärt - unter anderem schon in der Ausbildung - und auch die Arbeitgeber verstärkt für das Thema sensibilisiert werden. Anvisiertes Ziel der Vertragspartner: die Zahl der Arbeitsunfälle bis zum Jahr 2007 um fünf Prozent zu senken.

## Un autre retour "assisté"

Ce n'est pas, comme promis, pendant les vacances, mais au beau milieu de la période scolaire, qu'aura lieu le prochain retour "assisté" de réfugié-e-s. Pour faciliter l'intégration des élèves dans les écoles primaires et dans les lycées, le gouvernement avait promis d'effectuer les refolements pendant les vacances scolaires. Selon l'ASTI le retour de 120 personnes déboutées du droit d'asile vers le Monténégro aura lieu ce samedi 22 novembre. L'envol de l'avion est prévu pour 10 heures, le check-in des personnes se fera donc probablement vers 9 heures. Selon les informations de l'Asti il s'agirait du dernier retour pour l'année 2003. Comme pour les six autres retours de cette année, les membres de l'ASTI seront à nouveau à l'aéroport pour l'au-revoir.

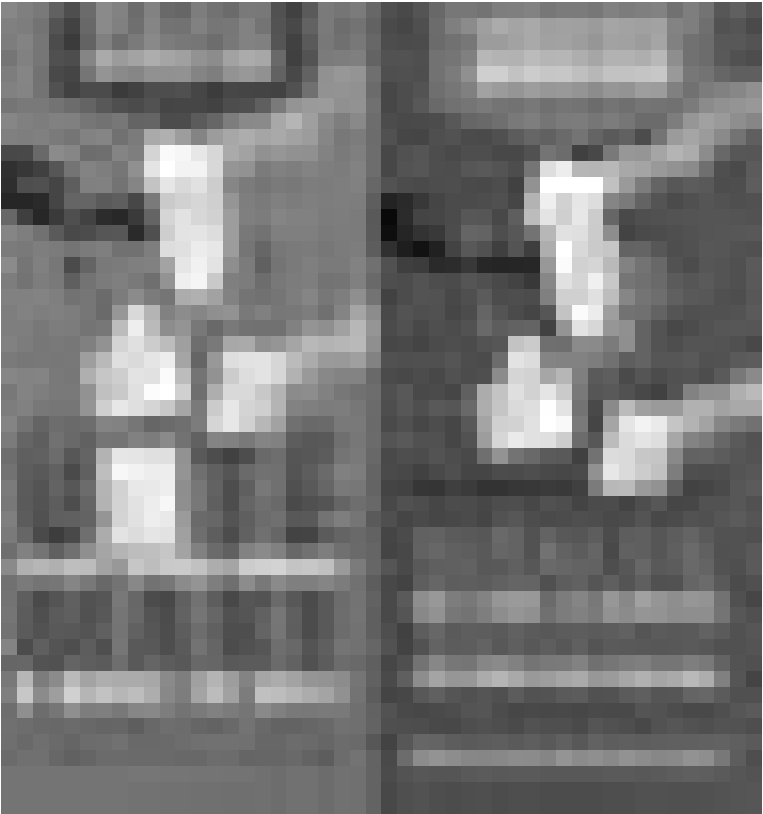
## Grünes Licht für Stammzellenforschung

Geht es nach dem Europaparlament, dürfen menschliche Embryos künftig in der EU für Forschungszwecke eingesetzt werden. Am 3. Dezember wird der Ministerrat darüber entscheiden, ob er der Parlamentslinie folgen und das derzeit in der EU bestehende Moratorium aufheben wird. Bislang wurde dies von Deutschland, Österreich, Italien und Portugal blockiert. Luxemburg, Spanien und Irland gaben sich in dieser Frage ambivalent. Die Biotechnologie-Industrie begrüßte am Mittwoch die Entscheidung des Parlaments und sprach seine Hoffnung dafür aus, dass diese Abstimmung ein Signal in Richtung Ministerrat sende. "Das Europaparlament hat eine Chance verpasst, klare ethische Rahmenbedingungen für die Forschung festzulegen", bedauerte der Berichterstatte im Europaparlament, Peter Liese (CDU). Liese hatte die Abgeordneten dazu aufgerufen gegen den Vorschlag zu stimmen. In Deutschland war das Nein zur Stammzellenforschung erst im vergangenen Monat durch den Bundestag bestätigt worden.

## Positive Kräfte an Bord



SGL ist nicht das neueste Produkt eines schwäbischen Autokonzerns, SGL ist das Kürzel eines neuen woxxis, der bereits seit ein paar Wochen in der Redaktion kreativ waltet. SGL steht für Serge Garcia Lang. Mehrere Jahre hat der Luxemburger aus Aragón bereits für verschiedene Zeitungen hierzulande gewirkt. Nun hat er die woxx-Kultur geentert und übernimmt dort in der nächsten Woche erstmals allein das Steuer. Der gelernte Kommunikationsberater, Musiker und Fotograf sieht sich als überzeugten Agnostiker und findet, dass Kultur viel mehr ist als nur Unterhaltung oder kopflastige Spielereien. Bereits in einer seiner ersten Redaktionssitzungen hat er übrigens darauf hin gewiesen, dass die woxx mehr über positive Dinge berichten sollte. Obwohl die Welt bekanntlich schlecht ist, hat sich das Team diesen Vorschlag zu Herzen genommen. Die Suche nach positiven Alternativen hat begonnen. Und SGL drücken wir für nächste Woche die Daumen.



...bewegt, meint die Regierung.